



Verfassungsschutz „raus aus den Schulen !“ Beschluss des GEW-Landesvorstands vom 29. August 2013

Der Landesvorstand beschließt die folgende Erklärung und veröffentlicht sie als Pressemitteilung und in den eigenen Medien:

Verfassungsschutz „raus aus den Schulen !“

Der aktuelle Bericht vom Untersuchungsausschuss über die Morde des NSU macht klar: Ohne die „V-Leute“, ohne das „systematische, flächendeckende Versagen“, ohne die „organisierte Unfähigkeit“ des Inlandgeheimdienstes wären diese Verbrechen nicht möglich gewesen.

Die Arbeit des „Verfassungsschutzes“ wird von den parlamentarischen Berichterstattern als „historisch beispielloses Desaster“ beurteilt, das nicht zuletzt auf rassistische Einstellungen bei Polizei und „Verfassungsschutz“ zurückzuführen sei.

Nun wird „Menschenrechtsbildung“ als Hauptfach in der Aus- und Fortbildung bei der sogenannten Sicherheitsbehörde empfohlen, Bildungsangebote zur „Verbesserung der Fehlerkultur“ werden angemahnt.

Es bleibt dahin gestellt, ob solche Maßnahmen ausreichend sind oder ob nicht die Forderung nach einer Auflösung des „Verfassungsschutzes“ die richtige Alternative ist.

Sicher ist auf jeden Fall: diese Institution ist völlig ungeeignet, Bildungsangebote in Schulen zu machen, um die sie sich bundesweit bemüht. Wenn das Landesamt für Verfassungsschutz in Hessen auf seiner Homepage darauf verweist, bisher ca. 300 LehrerInnen zum Thema „Rechtsradikalismus“ fortgebildet zu haben und für weitere – auch akkreditierte - Fortbildungsveranstaltungen wirbt, dann kann das von PädagogInnen nur als Missbrauch von Steuergeldern abgelehnt werden, dann wir der Bock zum Gärtner gemacht.

Wir fordern das Kultusministerium und die Schulämter auf, demokratische Bildung und Erziehung ernst zu nehmen und keine Veranstaltungen von MitarbeiterInnen des VS in Schulen zuzulassen.

Wir fordern eine nachhaltige Unterstützung der Initiativen, die ihr antirassistisches und antifaschistisches Engagement in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellt haben, denen jedoch vielfach die finanziellen Mittel für eine nachhaltige Bildungsarbeit gekürzt wurden.

Wir fordern die ersatzlose Streichung der Extremismusklausel, mit der antirassistische, antifaschistische Initiativen wie die Amadeu Antonio-Stiftung unter Generalverdacht gestellt und behindert werden.

Wir fordern, dass der „Verfassungsschutz“ die Konsequenz aus seinem „historisch beispiellosen Desaster“ zieht, als völlig inkompetente Institution die „Beratungsnetzwerke - mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ der Bundsländer umgehen verlässt und sich bis auf Weiteres in Klausur unter öffentlicher Aufsicht begibt.